

Die Auswirkungen des Ruhrkampfes auf Düren

**Vortrag von Bernd Hahne am 19. Januar 2023
im Stadtmuseum Düren**

Vorbemerkung

Ich kann hier die Ereignisse des Jahres 1923 und ihre Auswirkungen auf Düren nur in groben Zügen darstellen. Wir arbeiten zur Zeit an einem Forschungsprojekt – als Fortsetzung unserer Reihe zur Stadtgeschichte – zu den ersten Jahren der Weimarer Republik 1919 bis 1925, wozu allerdings noch umfangreiches Quellenstudium nötig ist.

Ebenso wird heute Abend nicht auf den Separatistenputsch eingegangen. Dazu wird es einen Vortrag zum hundertjährigen „Jubiläum“ im Oktober dieses Jahres geben.

■ Die Entwicklung der Reparationsforderungen	2
■ Die Ruhrbesetzung	6
■ Stimmungen und Haltungen	9
■ Kosten des passiven Widerstands	12
■ Düren als Verkehrsknotenpunkt	18
■ Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft	25
■ Die Not der Bevölkerung	35

■ Die Entwicklung der Reparationsforderungen

Das Deutsche Reich und seine Verbündeten, die sog. Mittelmächte, hatten den Ersten Weltkrieg verloren.



Der von den siegreichen Alliierten diktierte Versailler Friedensvertrag bestimmte neben umfangreichen Gebietsverlusten – u.a. Teilen von Schlesien, Elsass-Lothringen und Eupen-Malmedy – auch die Leistung massiver Reparationen in Geld- und Sachlieferungen, ohne im Vertragswerk selbst schon Einzelheiten festzulegen. Das geschah in einer Reihe von Konferenzen, an denen die Deutschen zunächst natürlich nicht mitwirken durften und deren Ergebnisse sie nolens volens akzeptieren mussten. Erst zur Konferenz in Spa im Juli 1920 waren sie als gleichberechtigter Partner zugelassen. Auf den Vorkonferenzen hatten sich die Alliierten auf eine Reparationssumme von insgesamt 269 Milliarden Goldmark geeinigt, von denen Frankreich 52 %, England 22 %, Italien 10 %,

Belgien 8 % und Serbien 5 % erhalten sollte. Die USA hatten auf Reparationen verzichtet.

Darüber hinaus wollte Frankreich eine Rückzahlung der interalliierten Schulden von den Reparationszahlungen abhängig machen, was England und die USA jedoch ablehnten.

Die Konferenz brachte als wesentliches Ergebnis ein Kohleabkommen, das die Lieferverpflichtungen Deutschlands auf 2 Mio t monatlich senkte und pro Tonne eine Prämie von 5 Goldmark gewährte.

Nach der Konferenz von Spa hatte die deutsche Reichsregierung erreicht, dass zur Bemessung der Reparationssumme die deutsche Leistungsfähigkeit in Betracht zu ziehen war. Zudem sollten Sach- und Arbeitsleistungen einbezogen werden, was jedoch den Briten

nicht gefiel, die um ihren Export fürchteten.

Die Pariser Konferenz vom März 1921 erarbeitete einen Zahlungsplan, der ab 1. Mai 1921 42 von 2 auf 6 Milliarden Goldmark ansteigende Annuitäten vorsah zuzüglich einer 12prozentigen Exporttaxe, was eine Gesamtsumme von 226 Milliarden Goldmark ergab.

Auf dieser Konferenz, zu der die Deutschen einge-



laden waren, wies der deutsche Außenminister Simons die Pariser Zahlen als unannehmbar zurück, da sie die deutsche Leistungsfähigkeit überstiegen. Stattdessen bot er 30 Milliarden Goldmark als Gesamtleistung, die durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden sollten. Außerdem verlangte er eine Aufhebung der handelspolitischen Beschränkungen, Entlastung von Besatzungskosten und keine weiteren Gebietsabtretungen (Oberschlesien).

Das empfanden die Siegermächte natürlich als Provokation und stellten Deutschland das Ultimatum, die Pariser Bedingungen anzunehmen oder Sanktionen in Kauf zu nehmen.

Da die Deutschen auf das gestellte Ultimatum nicht reagierten, begannen die Alliierten am 8. März 1921 mit der Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf, dem Einzug von Exporterlösen und der Errichtung eines Zollregimes im Rheinland.

Am 5. Mai folgte ein weiteres Ultimatum der Alliierten. Die Reparationskommission hatte jetzt einen Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, von denen allerdings 82 Milliarden in weiterer Zukunft fällig wären. Die neue deutsche Regierung Wirth nahm am 11. Mai das Ultimatum an, auch, um endlich eine gewisse Vertrauensbasis mit den Alliierten zu schaffen. Diese Handlungsweise wurde in weiten Teilen Deutschlands als „Erfüllungspolitik“ denunziert.

Obwohl Deutschland das Ultimatum angenommen hatte, bestand schon im September 1921 eigentlich keine Chance mehr, die Bedingungen auch zu erfüllen.

Bei schon massiv ansteigender Inflation und einem ungedeckten Reichshaushalt waren die nötigen Gelder nicht vorhanden, zumal die ungünstigen Handelsbedingungen die Zahlungsbilanz negativ gestalteten, so dass auch kein Devisenüberschuss zu erwirtschaften war.

Im Juli 1922 sah sich die Reichsregierung gezwungen, eine Befreiung von allen Zahlungen – ausgenommen die Sachlieferungen – zu beantragen. Dafür hatten sich aber die Bedingungen verschlechtert, weil seit Januar 1922 mit Poincaré ein französischer Präsident an der Macht war, dessen vorrangiges Ziel die Nieder-

haltung aller deutschen Wiedererstarkungstendenzen war. Er nutzte die Zahlungsschwierigkeiten der Reichsregierung, um zur Erfüllung der Forderungen »produktive Pfänder« zu nehmen.

Bis zum 31. Dezember 1922, also bis gut eine Woche vor Beginn der Ruhrbesetzung, hatten die Deutschen beträchtliche Leistungen erbracht; ihren Wert zu bestimmen ist jedoch schwierig. Die deutsche Regierung sprach von insgesamt 42 Mrd. Goldmark, während die Alliierten nur ungefähr 10 Mrd. gutgeschrieben hatten. Unbeeinflusste nichtamtliche Schätzungen (eine von J. M. Keynes, die andere vom Institute of Economics, Washington D. C.) kamen auf einen Wert von etwa 26 Mrd., erkannten jedoch ausdrücklich die Berechtigung höherer Bewertungen an.

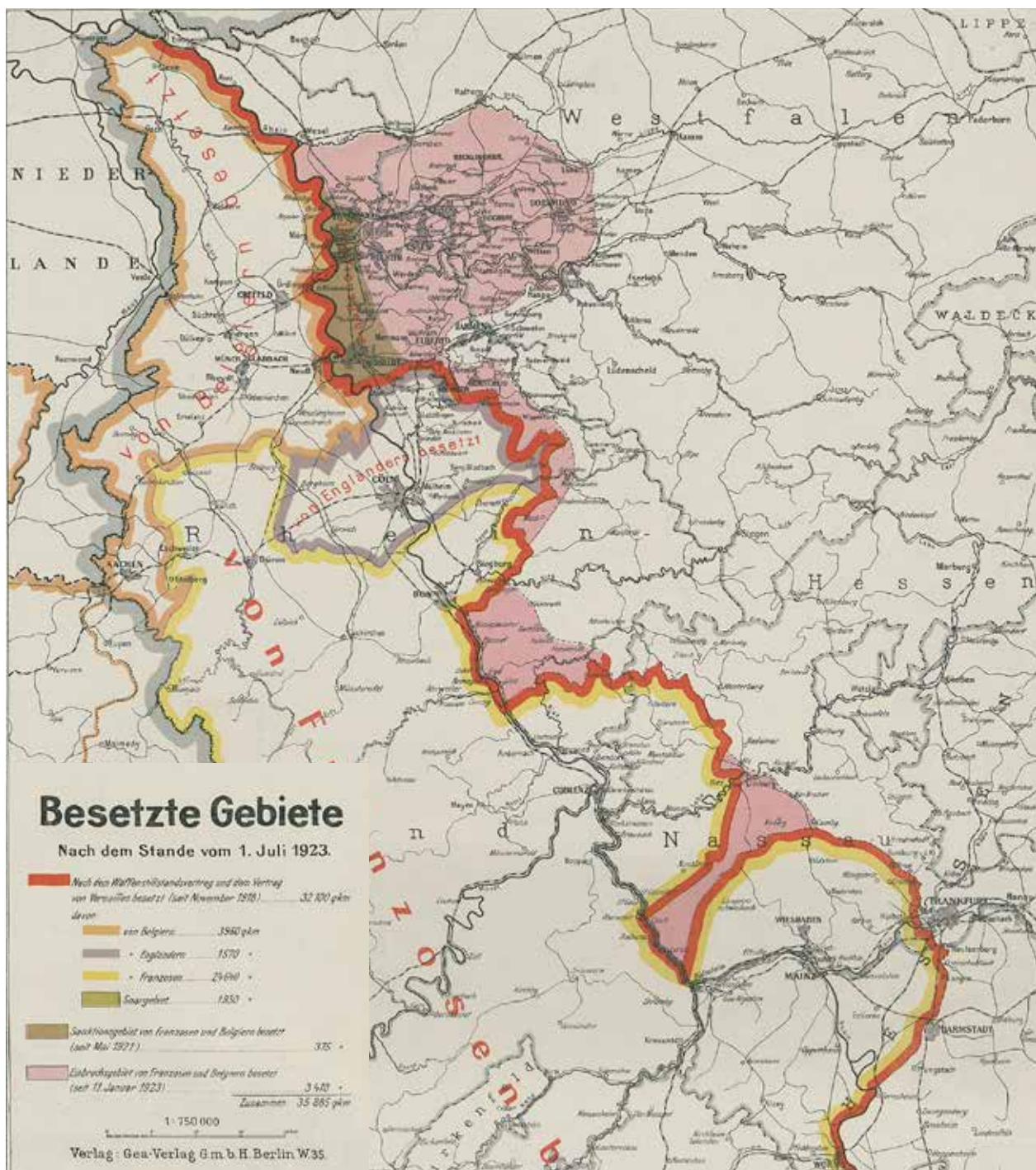
Diese Unterschiede waren nicht nur Folge gegenseitiger Feindschaft, sondern beruhten auch darauf, dass die Preise in Deutschland und in den Empfängerländern verschieden waren und dass beide wiederum vom Weltmarktpreis abwichen.

Überdies enthielt der deutsche Schätzwert zu fast zwei Dritteln Posten wie beschlagnahmtes deutsches Auslandseigentum (28%), überlassene deutsche Anleihen an ehemalige Verbündete, Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten und Kolonien (12%) und die Saarkohlengruben (3%).

Diese Schwierigkeiten gelten ebenso für die anderen deutschen Reparationsleistungen, beispielsweise für die Ablieferung von über 900 Hochseeschiffen, 5000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwaggons, 5000 Lastwagen und etwa 54 Millionen Tonnen Kohle und Koks (das entsprach der Frachtkapazität von ungefähr 115.000 Zügen zu je 50 Waggons). Hier konnte man sich ehrlich darüber streiten, ob die deutschen Preise, die Weltmarktpreise oder die Preise in den Empfängerländern zugrunde gelegt werden sollten.

■ Die Ruhrbesetzung

Als die Reparationskommission im Dezember 1922 unvollständige Holzlieferungen und im Januar 1923 unvollständige Kohlelieferungen beanstandete und dies – übrigens gegen die Stimme des englischen Delegierten – als Vertragsverletzung ansah, war für Poincaré der Vorwand gegeben, das Ruhrgebiet zu besetzen. Am 11. Januar 1923 marschierten französische und belgische Truppen in einer Gesamtstärke von 60.000 Mann in das Ruhrgebiet ein.



Die Soldaten waren offiziell nur zum Schutz einer Kontrollkommission von Ingenieuren eingesetzt, die die Tätigkeit des deutschen Kohlensyndikats und die Durchführung des Reparationsprogramms überwachen sollte. Das englische Mitglied der Reparationskommission, Bradbury, soll diese Aktion übrigens so kommentiert haben:¹

Niemals seit den Zeiten des Trojanischen Pferdes ist Holz zu so böartigen Zwecken verwandt worden, wie in diesem Falle.

Nicht nur die deutsche Reichsregierung sah darin einen Bruch des Versailler Vertrages. Auch die Engländer kamen zu dem gleichen Urteil, zogen daraus allerdings noch keine Konsequenzen. Der Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Deutschland, General Henry T. Allen, kommentierte den Einmarsch in seinem Tagebuch:

*Der 11. Januar 1923 wird meiner Meinung nach ein schicksalsreicher Tag für das Wohlergehen der Welt sein, denn die augenblickliche Lage verspricht für den Frieden und den europäischen Wiederaufbau sehr wenig.*²

In wenigen Tagen hatten die Truppen große Teile des Ruhrgebiets, besonders die größeren Städte, besetzt und den Belagerungszustand verhängt. Um die staatliche und industrielle Kontrolle auszuüben, wurde eine „Mission de contrôle des mines et usines“ – kurz: Micom – eingesetzt mit der Vollmacht, *sich von den Verwaltungsbehörden, Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Gewerbetreibenden, Kaufleuten usw. alle statistischen und sonstigen Auskünfte geben zu lassen, die sie für angezeigt halten. Sie [die Ingenieure und Beamten der Kontrollkommission] sind berechtigt, das ganze besetzte Gebiet zu bereisen, die Bureaus, Bergwerke, Fabriken, Bahnhöfe usw. zu betreten und in alle statistischen und sonstigen Unterlagen Einsicht zu nehmen.*³

Das erwies sich allerdings zunächst als Schlag ins Wasser, denn das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hatte noch vor dem

1 Allen, Henry T.: Mein Rheinland-Tagebuch, Berlin 1923, S. 329.

2 Allen, S. 333.

3 Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Berlin o.J., Bd. V, S. 20, Dok. 998 c.



erwarteten Einmarsch unter Zustimmung der Gewerkschaften seine Büros und Archive von Essen nach Hamburg verlagert.

Noch am Tag der Ruhrbesetzung erließen Reichspräsident und Reichsregierung einen Appell zum passiven Widerstand, warnten aber gleichzeitig vor unüberlegten Handlungen, die dem Gegner nur in die Hände spielen würden. Der Reichskohlenkommissar untersagte den Zechenbesitzern, Lieferungen an die Besatzungsmächte vorzunehmen,

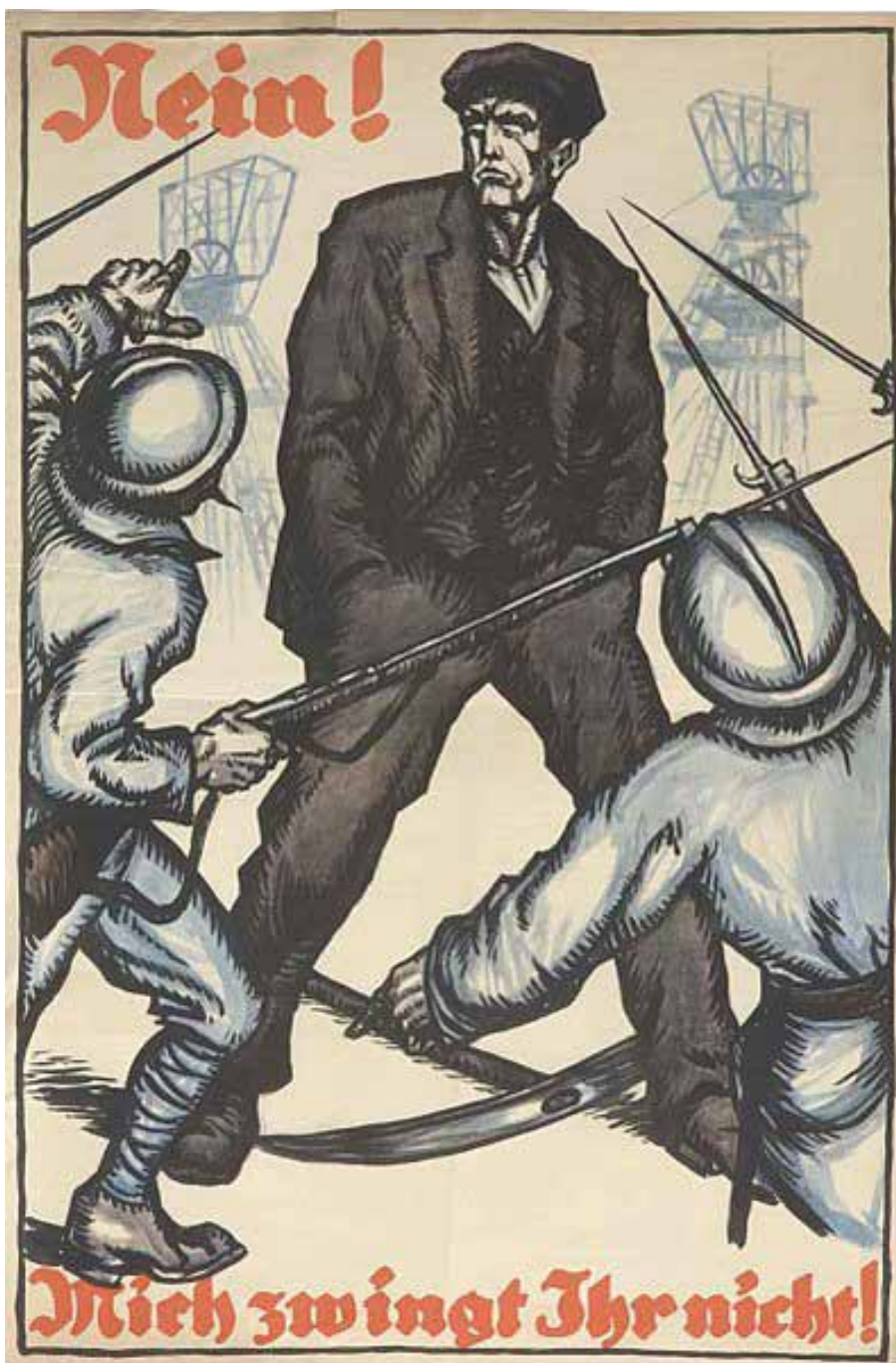
und verweigerte auch die weitere Bezahlung solcher Lieferungen.

Die weitere Entwicklung der Verhältnisse im Ruhrgebiet können wir hier nur streifen; der passive Widerstand veranlasste die Franzosen nur zu einer weiteren Verschärfung des Belagerungszustands, was wiederum Demonstrationen in verschiedenen Städten hervorrief, bei denen es zu blutigen Zusammenstößen mit Toten und Verletzten kam. Einen durchaus spannenden Einblick in die Ereignisse bietet hier das Buch des britischen Times-Korrespondenten Gedye mit dem Titel „Die Revolver-Republik“.

■ Stimmungen und Haltungen

Zwei Wochen nach dem Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet hielt der SPD-Abgeordnete Otto Wels im Reichstag eine Rede über die Haltung seiner Partei zu diesem Ruhrkampf, in der er keinen Zweifel daran ließ, dass die Sozialdemokratie zu den Forderungen des Versailler Vertrages stand, aber gleichzeitig den offenen Vertragsbruch scharf verurteilte:⁴

Protestiert! Protestiert gegen das Unrecht mit dem Worte und mit der Tat, aber laßt das Recht unangetastet, verfallt nicht in



die Propagandamethode der vergangenen Kriegszeit! Unterscheidet scharf zwischen dem heutigen offiziellen Frankreich, das – wer ist darüber überhaupt noch im Zweifel – das Rheinland und seine wirtschaftlichen Lungen sich aneignen will, und den Vertriebenen, den Obdachlosen, den heimatverlassenden Flüchtlingen des einstmaligen Okkupations-

gebietes, die selber am schwersten darunter leiden, daß aus ihrer mißhandelten Haut die Riemen einer verbrecherischen Machtpolitik geschnitten werden, die den wirtschaftlich Schwachen, ihren Schicksalsgenossen in Deutschland, in das Fleisch schneiden!

Er fügte allerdings am Ende seiner Rede hinzu:⁵

Wir deutschen Sozialdemokraten und mit uns alle wahren Freunde des deutschen Volkes und seiner Gesundheit sehen neben der auswärtigen Gefahr auch die staatszersetzenden Momente der von nationalistischer Seite gerade jetzt geförderten Faschistenbewegung in Deutschland. Sie etabliert sich vor den Augen gewisser Regierungen in immer stärkerem Maße als Staat im Staate [das ging vor allem gegen Bayern]. Sie versucht, ihre Armeen schlagfertig zu machen. Sie versucht es, ihre Diktatur an Stelle der Demokratie zu errichten. Vielleicht denken gerade in diesen Schicksalstagen des deutschen Volkes die Geldgeber des deutschen Faschismus daran, daß sie mit der Unterstützung dieser nationalistischen Bestrebungen den Staatsgedanken und die nationale Idee lebensgefährlich verletzen können.

Das veranschaulicht in wenigen Worten eigentlich die tragische Ambivalenz der französischen Handlungsweise: Aus chauvinistischen, innenpolitisch motivierten Gründen leistet der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré den gleichgelagerten chauvinistischen Kräften auf deutscher Seite Vorschub, bringt auch, nebenbei gesagt, die bisherigen Alliierten gegen Frankreich auf und erzeugt im gesamten Deutschen Reich eine Stimmung wie im August 1914, als man sich vermeintlich von einer Welt von Feinden umringt sah; viele sahen in dieser Ruhrbesetzung eine Fortsetzung des Kriegszustandes. Das führte, zumindest in den Anfangsmonaten, zu einer geschlossenen Abwehrfront: Arbeiter, Angestellte und Beamte nahmen in imponierender Einheit die schweren Lasten des Besatzungsregimes auf sich. In den besetzten Fabrikanlagen und Zechen legten die Belegschaften die Arbeit nieder. Der Schiffsverkehr auf dem Rhein und den Kanälen kam zum Erliegen.

Die Einschätzung von einer Fortsetzung des Kriegszustandes speiste sich aus verschiedenen Tatsachen. Bis Ende 1922 hatte die Zahl der Besatzungstruppen im Rheinland (also Amerikaner, Belgier, Engländer und Franzosen) etwa 147.000 Mann betragen. Jetzt kamen noch etwa 87.000 Franzosen und Belgier als Ruhrbesatzung hinzu, die in den kommenden Monaten auf rund 100.000 Mann verstärkt wurden. Das bedeutete enorme zusätzliche Kosten und andere Belastungen, etwa durch Beschlagnahmungen von Räumlichkeiten für die benötigte Unterbringung. Zum Vergleich: Im gleichen Gebiet waren 1914 etwa 75.000 deutsche Soldaten in Garnisonen untergebracht. Die Anwesenheit von etwa 20.000 französischen Kolonialsoldaten empfanden die Deutschen als zusätzliche Demütigung, ja Provokation. Die Truppen hatten die Anweisungen, sich so zu verhalten, als befänden sie sich in Feindesland, was bedeutete, dass sie auch rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machten. Und nicht zuletzt wurden alle vermeintlichen oder tatsächlichen „Vergehen“ der Bevölkerung in den besetzten Gebieten vor Kriegsgerichten abgehandelt, mit teils drakonischen Strafen und meist ohne Möglichkeit der Verteidigung.

■ Kosten des passiven Widerstands

Es ist schwer zu beurteilen, ob die deutsche Reichsregierung die wirklichen Kosten des passiven Widerstands realistisch eingeschätzt hat. Wahrscheinlich hatte man gehofft, mit diesem Druckmittel früher zu einer Verhandlungsbasis zurückkehren zu können, vor allem mit Hilfe der Engländer, bei denen sich die kritischen Stimmen zum Vorgehen der Franzosen mehrten. Aber diese Hoffnung trog, die Engländer ergriffen keine diesbezügliche Initiative.



Um den Widerstandswillen der Bevölkerung nicht zu schwächen, durfte man sie natürlich nicht ins Elend fallen lassen. Das bedeutete, dass die jetzt de facto in die Arbeitslosigkeit gedrängten Massen anders unterstützt werden mussten als mit der normalen Erwerbslosenfürsorge, die kaum über den Status eines Notgroschens hinauskam. Deshalb ermächtigte die Reichsregierung die Fürsorgestellen, bis zu 2/3 der tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Am 10. Februar 1923 wurde dazu als besondere Variante im so-

genannten „Dürener Abkommen“ zwischen den Gewerkschaften und der Interessengemeinschaft rheinischer Arbeitgeberverbände Folgendes beschlossen:⁶

Entlassungen sind möglichst zu vermeiden; kommt es unmittelbar durch Eingriffe der Besatzungsmacht zur Arbeitslosigkeit, so wird der volle Lohn fortgezahlt; ist die Arbeitslosigkeit nur mittelbar durch die Besatzung veranlaßt (z. B. durch Rohstoff-, Kohlen-, Auftragsmangel), so werden 2/3 des Lohnes fortgezahlt; die Lohnzahlung trägt der Arbeitgeber, solange er ohne Gefährdung seines Betriebes dazu imstande ist, andernfalls tritt die Rhein-Ruhr-Hilfe ein; die Auszahlung des Lohnes erfolgt in jedem Falle über den Arbeitgeber; die Organisation erfolgt über die Arbeitgeberverbände in enger Fühlungnahme mit den Gewerkschaften.

Die Rhein-Ruhr-Hilfe war als Firma vom Reich gegründet worden, um die in das besetzte Gebiet übermittelten Gelder dem Zugriff der Besatzungsmacht zu entziehen. Diese betrachtete die Erwerbslosenunterstützung nämlich als Stärkung des passiven Widerstandes, weshalb es immer wieder zu Beschlagnahmungen solch staatlicher Gelder kam, etwa am 12. Juli 1923, als die Besatzungsbehörde auf der Stadtkasse 90 Millionen Mark an sich nahm und gleichzeitig den Dezernenten für die Erwerbslosenfürsorge verhaftete und wegen Vergehens gegen Verordnung 192 (Auszahlung von Geldern zur Stärkung des passiven Widerstandes) unter Anklage stellte.⁷

Von den Geldern, die dennoch in die Verfügung der Stadtverwaltung kamen, wurden u. a. Notstandsarbeiten, sogenannte „produktive Erwerbslosenarbeit“, finanziert, mit denen etwa Straßen ausgebessert wurden. Das führte allerdings dazu, dass der Volksmund die damals in Angriff genommene Zehnthofstraße in „Zehnmillionenstraße“ umbtaufte.⁸

Die „Finanzierung“ all dieser Ausgaben geschah durch das eigentlich ja zahlungsunfähige Reich im Wesentlichen durch Betä-

6 Vgl. Bundesarchiv, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett Cuno, Band 1, Dokument Nr. 71, Fn. 4.

7 Vgl. Verwaltungsbericht (VB) der Stadt Düren 1921-1925, Düren 1926, S. 222.

8 Vgl. Bongartz, Das Jahr 1923

tigen der Notenpresse. Die dadurch an Dynamik zunehmende Inflation hatte – neben rasant steigenden Preisen – auch den Effekt, dass die Geldumlaufmenge bald nicht mehr ausreichte, d. h., dass Geld knapp wurde. In dieser Situation ging die Stadt Düren, wie viele andere Städte auch, dazu über, eigenes Notgeld zu drucken.⁹ Das wurde ihr allerdings erst im August 1923 gestattet. Hergestellt wurde das Notgeld in der Dürener Druckerei



Eugen Hoesch & Orthaus, die in der Separatistenzeit noch eine besondere Rolle spielen sollte.

Für die durch die reguläre Besatzung entstehenden Kosten musste das Reich nach Art. 249 des Versailler Vertrages aufkommen, allerdings weigerte man sich, die durch die Ruhrbesetzung auflaufenden, beträchtlichen Kosten ebenfalls zu tragen, da man diese Aktion ja als Vertragsbruch ansah. Das veranlasste die Franzosen, sich jetzt direkt bei der Reichsbank¹⁰ und ihren Nebenstellen zu bedienen, so auch in Düren, wo man am 20. Januar die Reichsbanknebenstelle in der Bismarckstraße besetzte.¹¹

Die Auszahlung dieser Gelder geschah in der Regel durch die Kommunen; auch waren ja mit dem Reich vielfache Entschädi-

⁹ Bis dahin hatten die vereinigten Landkreise Düren, Euskirchen, Jülich und Schleiden zusammen mit der Vereinigung der Industriellen von Düren und Umgegend und der Handelskammer Stolberg schon ein Jahr lang eigenes Notgeld herausgebracht, konnten jetzt aber den Bedarf nicht mehr decken, vgl. VB 1921-1925, S. 229. Insgesamt gab die Stadt Notgeld im Werte von 680.000 RM aus, das Anfang 1924 restlos eingelöst wurde, vgl. VB 1921-1925, S. 230.

¹⁰ Dabei war die Reichsbank eigentlich eine Aktiengesellschaft privaten Rechts, deren Aktien sich zu einem Großteil in Privathänden befanden, vgl. Wachendorf, Karl: Zehn Jahre Fremdherrschaft am deutschen Rhein. Eine Geschichte der Rheinlandbesetzung von 1918-1928, Berlin o.J., S. 155.

¹¹ Dürener Zeitung (DZ) v. 20.01.1923; Domsta, Hans J. / Krebs, Helmut / Krobb, Anton: Zeittafel zur Geschichte Dürens 747-1997, Düren 1998, S. 179.

gungszahlungen für durch die Besatzung entstandene Kosten oder Schäden abzuwickeln. Zu diesem Zweck hatte die Stadt schon Mitte Mai 1919 eine Besatzungsabteilung eingerichtet, die am 1. April 1921 mit dem Einquartierungsbüro zum Besatzungsamt zusammengefasst wurde, in dem 1923 immerhin 24 Mitarbeiter beschäftigt waren.¹²

Stärke der Besatzungstruppen

Jahr	Im Durchschnitt	Höchstziffer	Grund der Erhöhung
1918	10.000	13.000	Besatzungs-Ein- und Durchmarsch
1919, 1. Hj.	10.000	10.000	
1919, 2. Hj.	4.000	5.000	Besatzungswechsel
1920	3.800	4.500	Truppenwechsel
1921	3.900	4.500	Ruhrvormarsch
1922	4.000	4.200	Manöver
1923	8.500	12.569	Ruhreinbruch und Separatistenbewegung
1924	6.200	8.877	Regiebetrieb
1925	3.766	4.069	Manöver

Die Einquartierung wurde mit Beginn der Ruhrbesetzung zu einem noch größeren Problem als bisher schon in der Stadt. Denn im Laufe des Jahres steigerte sich die Besatzungsstärke von durchschnittlich 4.000 im Jahr 1922 auf durchschnittlich 8.500 mit einer Höchststärke von 12.569 Mann.¹³ D. h., dass zu diesem Zeitpunkt auf jeden dritten Einwohner ein Besatzungsangehöriger entfiel. Zum Vergleich: 1914 waren für die Garnison Düren zwei Regimenter mit insgesamt 2.145 Mann vorgesehen.¹⁴

¹² Vgl. VB 1921-1925, S. 255.

¹³ Vgl. VB 1921-1925, S. 252. Schon während der englischen Besatzung bis Mitte November 1919 hatten rd. 10.000 Besatzungsangehörige untergebracht werden müssen.

¹⁴ Vgl. VB 1921-1925, S. 252. Die Einquartierung und Unterbringung des Personals der Rheinlandkommission und der Besatzungsheere regelte die Verordnung Nr. 49 vom 7. Oktober 1920. Nach Art. 5 war das Oberkommando „in keinem Falle gebunden, die Verteilung der Besatzungstruppen dem Stande der vorhandenen militärischen Anlagen anzupassen“, vgl. Das Rheinlandabkommen, sowie die Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission in Coblenz. 2. Band, enthaltend die Verordnungen 12-82 und die Anweisungen 8-12. Dreisprachige Textausgabe, erläutert von H. und Dr. W. Vogels, Bonn 1921, S. 131.

Zur Unterbringung dieser Truppen wurde jeder nur irgendwie verfügbare Raum beschlagnahmt:¹⁵ Wohnungen, öffentliche Gebäude wie Schulen, Turnhallen, aber auch private Einrichtungen wie gewerbliche Liegenschaften. Einer Schätzung zufolge waren im altbesetzten Gebiet Ende 1923

– mehr als 11.000 Wohnungen mit über 42.500 Zimmern sowie 13.000 Einzelzimmer¹⁶

- 220 gewerbliche Liegenschaften
 - mindestens 40 Sporthallen
 - über 60 Schulen
 - mehrere hundert Büro- und Diensträume
 - 84 Soldatenheime
 - mehr als 20 Kirchen und
 - rund 20 Theater und Kinos
- beschlagnahmt.¹⁷

Statistik der Beschlagnahmungen in Düren

Jahr	Wohnungen	Schulräume	Gewerbl. + sonst. Anlagen
1918	1825-2700	210-243	25
1919, 1. HJ	1825	210	17
1919, 2. HJ.	229-269	109-210	12
1920	239-273	12-27	13
1921	247-276	9-81	11
1922	268-291	9-10	10-13
1923	1942-1177	61-79	10-13
1924	818-1121	61-79	7-10
1925	315-353	16-18	12-14

Es lässt sich aus dieser Tabelle leicht ersehen, dass ein ähnlicher Umfang der Beschlagnahmungen auch für Düren zutraf. Die

15 Nach der Verordnung Nr. 49 hatte etwa der Kreisdelegierte der Rheinlandkommission, in Düren Baron de Lamy, Anspruch auf eine Wohnung mit 3 Zimmern, Burschenzimmer und Küche, vgl. Vogels, S. 130.

16 Nahezu identische Zahlen: Die Besetzung im Zahlenspiegel, in: Denkschrift über die Besetzung und Befreiung der Rheinlande. Materialsammlung, herausgegeben im Auftrag der im Westausschuß für Rhein, Pfalz und Saar vereinigten landsmannschaftlichen Verbände: Reichsverband der Rheinländer, Verein der Badener, der Pfälzer, von Eupen-Malmedy, Rheinische Frauenliga, Deutscher Verein e. V., Bund der Saarvereine, von Dr. Karl Mehrmann und Direktor Wilhelm Schefen, Berlin 1930, S. 63.

17 Vgl. Steegmanns, Christoph: Die „Rheinlandbesetzung“ 1918-1930 im wirtschaftlichen und sozialen Überblick, in: Breuer, Dieter / Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hg.): „Deutscher Rein – fremder Rosse Tränke?“ Symbolische Kämpfe um das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg, Essen 2006, S. 27.

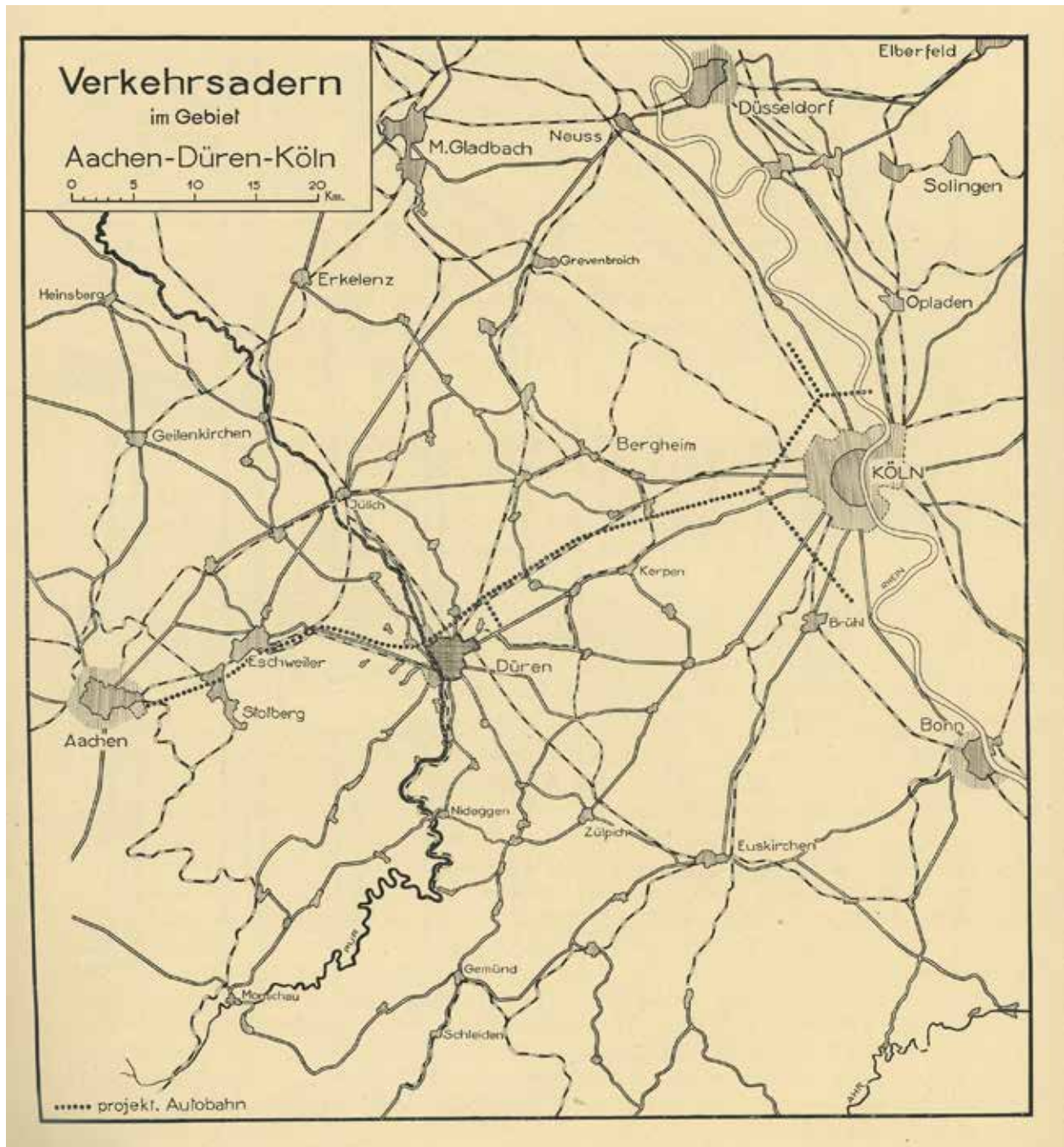
dadurch noch gesteigerte, ja schon seit Jahrzehnten bestehende Wohnungsnot wurde auch nicht durch den vom Reich finanzierten Bau von 51 Offiziers- und 58 Unteroffizierswohnungen gelindert, die bis Ende Januar 1924 belegt wurden.¹⁸

Düren war für die Franzosen seit Beginn ihres Einzugs zu einem Hauptetappenort erklärt worden. Das steigerte sich noch Anfang 1923, als hier die Sanktionsdienststellen – zu diesen Sanktionen gleich mehr – und die französisch-belgische Eisenbahnregie eingerichtet wurden.

¹⁸ Vgl. VB 1921-1925, S. 249 u. 253. Insgesamt baute das Reich bis 1925 neben 1.100 von den Besatzungsbehörden angeforderten Militärwohnungen mehr als 6.500 freiwillig errichtete Besatzungswohnungen, vgl. Steegmans, S. 28f.

■ Düren als Verkehrsknotenpunkt

Düren war als Knotenpunkt einer Reihe von Eisenbahnstrecken



– die Verbindungen über die Landstraßen waren eher unbedeutend – schon für die Deutschen im Weltkrieg von großer Bedeutung gewesen. Das Gleiche galt jetzt auch für die französische Besetzung. Dramatisch gesteigert wurde die Bedeutung aber jetzt durch die Ruhrbesetzung und den passiven Widerstand der deutschen Eisenbahner. Wobei angemerkt werden muss, dass die Beamten bei Aufträgen, die nach dem Versailler Vertrag rechtmäßig waren, durchaus ihre Pflicht erfüllten. Fahrten im Zusam-

menhang mit der Ruhrbesetzung allerdings wurden nicht durchgeführt.

So sahen sich die Franzosen bald genötigt, zu einer anderen Lösung zu kommen. Am 6. Februar besetzten sie den Dürener Bahnhof und unterbrachen – bis auf wenige Ausnahmen – den Eisenbahnverkehr zwischen der belgischen resp. französischen und der englischen Besatzungszone.

Am 1. März 1923 erklärten der französische Oberkommissar Tirard und der militärische Befehlshaber Degoutte durch Verordnung für das alt- und neubesetzte Gebiet den Übergang der Verwaltung der rheinischen Bahnen an eine französisch-belgische Eisenbahn-Regie mit dem Verwaltungssitz in Düren.



Das musste zunächst zu großer Verwirrung führen. Das herbeigeschaffte französische und belgische Eisenbahnpersonal war natürlich mit den deutschen Gegebenheiten nicht vertraut, so dass es in den ersten Wochen zu zahlreichen Unfällen kam mit vielen Toten und Verletzten. So meldeten die Münchener Neuesten Nachrichten am 18. Februar einen Unfall in Düren *durch einen von belgischen Eisenbahnern gefahrenen Zug*, bei dem mehrere

belgische Soldaten ums Leben gekommen seien. Am 28. Februar meldete ein Artikel in der gleichen Zeitung:

In Düren stießen, wie jetzt bekannt wird, am vergangenen Sonnabend ein Güterzug und ein Militärzug zusammen. Dabei sind 40 französische Soldaten umgekommen. Die Besatzungsbehörde suchte zu verhindern, daß überhaupt die Oeffentlichkeit Kenntnis davon erhielt. Ueber die Einzelheiten des Unglücks war noch nichts zu erfahren.



Die Zahl der Toten wurde später auf 32 korrigiert. Die Freie Presse Ingolstadt berichtete am 23. April:

Am 20. April gegen 9 Uhr abends fuhr der D-Zug Essen-Paris auf einen vor dem Bahnhof Düren haltenden Koks zug auf, welcher kein Signal führte. Es sollen mehrere Wagen zertrümmert und eine Anzahl Personen getötet worden sein. Der Bahnhof wurde sogleich abgeblendet und die Unfallstelle in größerem Umkreis abgesperrt.

Um ihre Truppen ins Ruhrgebiet und später Kohlen und andere Güter wieder heraus zu transportieren, waren die Franzosen zunächst auf Eisenbahnverbindungen durch britisches Gebiet ange-

wiesen. So erhielten die britischen Militärbehörden am 8. Januar 1923 ein französisches Ersuchen um Eisenbahnerleichterungen für Truppentransporte nach Düsseldorf.¹⁹ So gelang es ihnen, die Freigabe der die englische Zone durchlaufenden Strecke Düren-Düsseldorf für ihre Zwecke zu erreichen.²⁰

Josef Bongartz, Fraktionsführer des Zentrums im Dürener Stadtrat, erinnert sich:²¹

Düren wurde ihr zweites Köln: Es wurde der Brennpunkt der nach Norden, Süden und Westen ausgehenden Eisenbahnlinien. Ohne Düren hätte ihnen für den Abtransport der Ruhrkohle nur die Strecke Düsseldorf - München-Gladbach - Aachen zur Verfügung gestanden. Mit Düren in der Hand hatten sie die Möglichkeit, die Züge über Düsseldorf - Neuss - Düren zu führen, und von da ab entweder die Strecke nach Aachen oder die Strecke nach Euskirchen zu benutzen; von da aus die Benutzung der weiteren Linie nach Bonn, Bingen Kreuznach oder Trier-Saarbrücken.

Für die den Dienst im Zusammenhang mit dem Ruhrkampf verweigernden Eisenbahnbediensteten hatte dies in den meisten

372. Hansem	}	Eisenbahnbeamte in Düren,
373. Krieger		
374. Masset		
375. Berp		
376. Ast		
462. Allbeins, Johann	}	Eisenbahnbeamte in Düren,
463. Kemoer		
464. Holtzmann		
465. Mackenbach		
466. Moll		
467. Samder, Wilhelm		
468. Rinke, Karl		
469. Schulze, Otto		
470. Juhnke,		
471. Fritsche, Hermann		
472. Seedorf, Wilhelm		
473. Tausendschön		
474. Krieger		
475. Samson, Heinrich		

Fällen harte Konsequenzen: Sie wurden ausgewiesen, ihre Wohnungen an französisches Eisenbahnpersonal vergeben.

Das Schicksal traf etwa am 5. Mai nicht weniger als 178 Familien, die innerhalb von 4 Stunden ihre

19 Vgl. Gedy, G. E. R.: Die Revolver-Republik. Frankreichs Werben um den Rhein, Köln 1931, S. 83.

20 Vgl. Coburger Zeitung v. 28.02.1923.

21 Bongartz, Josef: Das Jahr 1923, Blatt 1f.

Wohnungen räumen mussten. Wie es dabei vonstatten zu gehen hatte, zeigt ein Befehl des Bonner Kreisdelegierten an den Bonner Bürgermeister zu fast dem gleichen Zeitpunkt:²²

[...] Die 180 interessierten Familien haben ihre Wohnungen gänzlich zu verlassen und müssen dortselbst Mobiliar, Hauswäsche und Geschirr belassen, und haben nur das Recht, mitzunehmen: Leibwäsche, Kleider, Schmucksachen, Papier und Werte. Es wird ihnen 4 Stunden Zeit gelassen, um ihre Vorbereitungen zu treffen. Von diesem Augenblick an ist es Ihre [also des Bürgermeisters] Sache, ihnen eine andere Wohnung zu stellen. [...]

In Düren wurden in jener Zeit nach Auskunft des städt. Verwaltungsberichts insgesamt 329 Familien mit 1418 Personen und 79 Einzelpersonen aus ihren Wohnungen verdrängt. Falls sie nicht ganz ausgewiesen wurden, mussten sie in *Notwohnungen, Kost-*



*häusern und öffentlichen sowie privaten Anstalten außerhalb der Stadt Düren untergebracht werden.*²³

Man geht davon aus, dass zwischen Anfang 1923 und Mai 1924 etwa 26.600 Reichsbahner mit ihren Familien aus den besetzten Gebieten ausgewiesen wurden.²⁴

²² Münchener Neuste Nachrichten v. 05.06.1923. Vgl. dazu auch die Ausweisung von Bongartz, Das Jahr 1923, Bl. 6.

²³ VB 1921-1925, S. 250.

²⁴ Steegmans, S. 32.

Für den Personenverkehr bedeuteten die Sperrungen, dass man, wenn man nach Köln wollte, entweder mit Post- oder Privatautos nach Buir fahren musste oder mittels der Kreisbahn:

Vom Markt aus fuhr drei Mal täglich ein großer Triebwagen mit zwei Beiwagen zum Bahnhof Distelrath. Auf dem Richtungsschild stand: „Köln über Distelrath – Nörvenich“. In Distelrath stiegen die Reisenden nämlich in den Dampfzug nach Nörvenich, von wo aus sie die 1,7 km lange Strecke zum Reichsbahnhof Oberbolheim zu Fuß oder mit einem der dort wartenden Fuhrwerke zurücklegen konnten. Dementsprechend erreichten die Beförderungszahlen auf der Dampfstrecke im Jahr 1923 mit 532.000 einen absoluten Rekordwert.²⁵

Mitte 1923, so der städtische Verwaltungsbericht, schloss die Kreisbahn die Lücke zwischen dem Bahnhof Nörvenich und dem Reichsbahnhof Oberbolheim.²⁶ Dies gefiel den Franzosen jedoch überhaupt nicht, so dass sie die Benutzung dieser Verbindung untersagten und die Kreisbahn die Gleise wieder entfernen musste.²⁷



Denn die französisch-belgische Regie hatte natürlich ein Interesse daran, ihren Zugverkehr möglichst wirtschaftlich zu betreiben; dazu wäre allerdings eine regere Inanspruchnahme durch die deutsche Bevölkerung und die ansässige Industrie vonnöten gewesen. Um dem nachzu helfen, bestimmten Tirard und Degoutte Anfang Mai 1923, dass Lastkraftwagen nur noch mit einer besonderen französischen Erlaubnis betrieben werden dürften. Kraftwagen-

25 Hahne, Bernd: Immer in Bewegung. 100 Jahre Dürener Kreisbahn 1908-2008, Düren 2009, S. 69.

26 Dem Wikipedia-Artikel zum Bahnhof Nörvenich zufolge geschah dies jedoch erst am 14. Juli 1924!

27 VB 1921-1925, S. 84.

betrieben, die erst nach dem 15. Januar 1923 ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, wurde diese Erlaubnis grundsätzlich verweigert. Am 24. Mai folgte eine weitere Verordnung, die eine solche Erlaubnis jetzt auch für Kraftfahrzeuge jeder Art vorschrieb.²⁸

Für Transporte auf ihren Zügen berechneten die Franzosen die Tarife in Francs und lehnten bald auch die Annahme deutschen Geldes ab; im Gegenteil schufen sie sogar eigenes Papiergeld, den sog. Regie-Franken.



■ Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft

Mit dem Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft hatten schon einige Dürener Unternehmen ihre Schwierigkeiten gehabt. Die Schießwollfabrik etwa, die im Weltkrieg bis zu 2.000 Menschen beschäftigt hatte, wurde durch das im Versailler Vertrag festgelegte Verbot der Herstellung von Sprengstoffen zu militärischen Zwecken zur Umstellung auf zivile Produkte gezwungen, die allerdings nur ein jahrelanges Siechtum einleitete. 1928 wurde sie stillgelegt. Die Dürener Metallwerke, ebenfalls in der Kriegszeit einer der größten Arbeitgeber, meldeten Mitte 1919:²⁹

Durch die gegen Ende des Jahres eingetretene Umwälzung wurden unsere Werke besonders stark betroffen, weil die Verhältnisse im besetzten Gebiet uns zu einem beschleunigten Abbau der Kriegswirtschaft zwangen. Die Folgen waren naturgemäß Verluste, die sich weiter bemerkbar machen. Die Umstellung auf die Friedenswirtschaft ist seit Anfang Januar 1919 im Gange. Sie kann sich nur nutzbringend gestalten, wenn die Einfuhr der Rohstoffe und der Versand unserer Erzeugnisse in vollem Umfange freigegeben wird, und wenn bei unserer Arbeiterschaft der gute Wille zur Arbeit vorhanden ist.

Wenige Wochen später hat sich die Lage nicht verbessert:³⁰

*Wie wir erfahren, haben die Dürener Metallwerke A.-G., die in Friedenszeiten stets in 10stündiger Doppelschicht, zusammen also 120 Stunden in der Woche arbeiten ließen, seit einiger Zeit die **Arbeitszeit auf im ganzen 38 Stunden in der Woche einschränken müssen**. Auch für diese geringe Arbeitszeit liegen genügende Aufträge nicht vor. Es muß daher die Arbeitszeit eine weitere erhebliche Einschränkung erfahren **oder es muß eine weitere größere Zahl von Arbeitern zur Entlassung kommen**. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die zu erzielenden Verkaufspreise weit hinter den Selbstkosten zurückbleiben, die infolge der ge-*

²⁹ DZ v. 15.05.1919.

³⁰ DZ v. 08.09.1919.

ringen Leistung, der hohen Arbeitslöhne und Betriebskosten eine umgehende Steigerung erfahren haben.

Einführung des 8-Stunden-Tags, Lohnanpassungen wegen der einsetzenden Teuerung, Rohstoffmangel in einigen Branchen, Kohlenmangel für alle Betriebe, Transportprobleme durch die Besatzung ... man kann sich vorstellen, dass das Wirtschaften in diesen Jahren nicht einfach war. Für das Jahr 1922 konstatierte der Geschäftsführer der Vereinigten Industrie-Verbände Düren-Euskirchen-Jülich-Schleiden, A. Kamphausen:³¹

Das Jahr 1922 kennzeichnet sich als Jahr stärkster und doch fruchtloser Anspannung, als ein Jahr beispielloser Unklarheit und Unsicherheit; wir mühten uns und suchten festen Boden und immer wieder trat der Fuß auf schwankenden Grund, als ein Jahr des unerhörtesten Sturzes unserer Währung; wir versuchten die Mark zu retten und sie versank abgrundtief. Das Jahr hatte aller Welt offenbart, daß die Verhinderung unseres Halts, der Grund unseres wirtschaftlichen Versinkens in dem Vertrag von Versailles und in den drückenden Besatzungslasten liegt, und daß ohne wesentliche Erleichterung und Befreiung von diesem äußeren Druck jede Möglichkeit zu wirtschaftlichem Leben überhaupt ausgeschlossen ist, ja daß wir selbst bei Aufhören des Druckes uns allein zu helfen nicht imstande sind,

um weiter unten auf die Dürener Verhältnisse einzugehen:³²

Besonders scharf hat unter den schwierigen Verhältnissen der vergangenen Jahre die Industrie des altbesetzten Gebietes gelitten, die ihren Aufbau nach Kriegsschluß unter einem sich allmählich fühlbar machenden Druck der Besatzung zu vollziehen hatte. Es stellte sich schon sehr bald, vor allem im Jahre 1922 heraus, daß die Wirtschaft im äußersten Westzipfel unseres Reiches nicht allein in Anbetracht ihrer außerordentlich frachtungünstigen Lage, sondern auch unter der Unmöglichkeit eines großzügigen

31 VB 1921-1925, S. 69.

32 VB 1921-1925, S. 72.

Ausbaues ihrer Verkehrsmittel³³ besonders zu leiden hatte. Die dauernden Sperren der Uebergangsbahnhöfe zum unbesetzten Gebiet machten eine prompte und rechtzeitige Lieferung nach dem unbesetzten Deutschland und darüber hinaus unmöglich. Das Vertrauen der Abnehmer in die hiesige Industrie sank mehr und mehr. Dazu kam während der Ruhraktion die besonders starke Abschnürung unseres Gebietes.

Mit diesem letzten Satz spielt Kamphausen auf die oben schon erwähnten „Sanktionen“ der Besatzungsmacht an. Bereits 1921 hatten diese einen ersten „Probelauf“ erfahren, als die Franzosen, nachdem die Deutschen das auf der Londoner Konferenz ausgesprochene Ultimatum zur Annahme der Reparationssumme von 226 Milliarden abgelehnt hatten, am 8. März 1921 die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzten und am 20. April eine neue Zollgrenze im Osten des alt- und neubesetzten Gebietes errichteten.

Gleichzeitig beschlagnahmten sie die an der Westgrenze anfallenden Zölle und stellten die gesamte deutsche Zollverwaltung im besetzten Gebiet unter den Befehl der Rheinland-Kommission.³⁴ Für Waren, die über diese Zollgrenze aus dem unbesetzten Deutschland eingeführt wurden, setzten sie eine Zollabgabe fest in Höhe von 25 % des damals noch in Geltung befindlichen deutschen Zolltarifs von 1902, der seinerzeit noch schutzzöllnerisch eingestellt und damit recht hoch war. Für die ausgeführten Waren erhoben sie einen Ausfuhrzoll in Höhe der deutschen Einfuhrzölle. Somit wurde nicht nur der Warenaustausch zwischen dem altbesetzten Gebiet und dem übrigen Reich wesentlich erschwert, sondern auch noch derart verteuert, dass das Rheinland gegenüber den unbesetzten Reichsgebieten nicht mehr konkurrenzfähig war.³⁵

33 Zu den (vergeblichen) Bemühungen, die Verkehrsverhältnisse grundlegend zu verbessern, vgl. Hahne, Bernd: Wie Düren einmal fast die Autobahn erfand. Frühe Planungen für die Autobahn A 4 Aachen-Düren-Köln, in: Jahrbuch Kreis Düren 2022, S. 49-63. Vgl. dazu auch: [Dauer, Heinrich:] Die bauliche Entwicklung und künftige Gestaltung Dürens, in: VB 1921-1925, S. 33f., und: Das Wirtschaftsleben im Bereich der Industrie- und Handelskammer zu Stolberg (Rheinland) für die Kreise Aachen-Land, Düren und Jülich. Denkschrift der Industrie- und Handelskammer zu Stolberg (Rheinland), ausgearbeitet von ihrem Syndikus Dipl. Kaufm. Cl. Bruckner, [Aachen] Mai 1925.

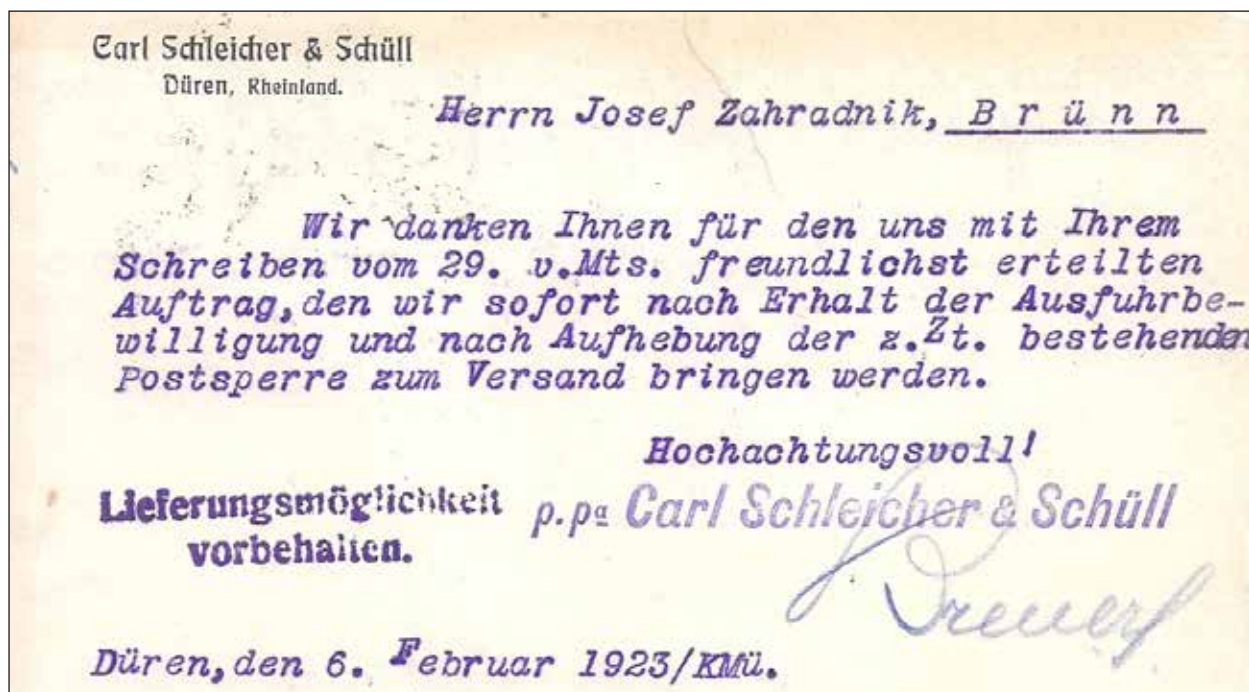
34 Vgl. Wachendorf, S. 103ff.

35 Vgl. zu den Auswirkungen etwa: Verband Kölner Großfirmen (Hg.): Die Sanktionen der Ruin des Rheinischen Wirtschaftslebens, Köln 1921.



Gleichzeitig richtete die Rheinlandkommission für die Bewilligung von Ein- und Ausfuhren (die bisher von Berlin aus nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erteilt worden waren) eine neue Behörde in Bad Ems ein, die zwar von deutschen Beamten besetzt war, deren Oberleitung aber ein besonderes Komitee bei der Rheinlandkommission übernahm. Das hatte zur Folge, dass französische, englische und belgische Produkte in zunehmendem Maße durch dieses „Loch im Westen“ ins Rheinland – und möglicherweise auch weiter ins unbesetzte Deutschland – strömten. Auf der anderen Seite kauften französische und andere ausländische Kaufleute im besetzten Gebiet relativ billig ein.

Ein- und Ausfuhren über die neue Binnenzollgrenze unterlagen jetzt auch der Genehmigung der neuen Behörde. Die war damit hoffnungslos überlastet, gingen doch durchschnittlich 12.000 Gesuche täglich dort ein, an einzelnen Tagen sogar bis zu 20.000. Auch die Abwicklung der Zollformalitäten an dieser neuen Grenze gestaltete sich äußerst schleppend, so dass teilweise der Güterverkehr völlig zum Erliegen kam.

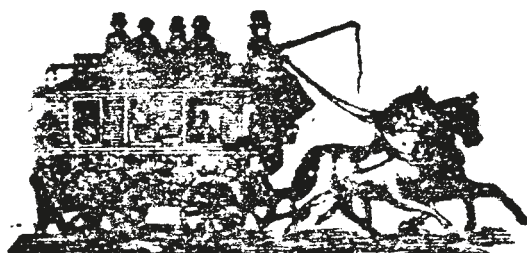


Nach der schließlichen deutschen Annahme des Londoner Ultimatums wurden die Sanktionen im September 1921 aufgehoben, nur um im Januar 1923 nach der Ausrufung des passiven Widerstands umso härter wieder verhängt zu werden.

Welche Auswirkungen auf die Dürener Unternehmen diese ganzen Maßnahmen hatten, lässt sich der anschaulichen Schilderung der „Dürener Fabrik präparierter Papiere“, besser bekannt als „Renker-Belipa“, aus dem Jahre 1927 zu ihrem 25jährigen Bestehen entnehmen, die ich Ihnen hier in Auszügen vortragen möchte:³⁶

Die Bewegung setzte damit ein, daß für den „Vormarsch zur Ruhr“ sämtliche irgendwie brauchbaren Last- und Personen-Automobile nebst Fahrern zwangsweise requiriert wurden, die man allerdings, nachdem der Truppentransport durchgeführt war, den Eigentümern in oft stark beschädigtem Zustande wieder zurückgab. [...] Kurz nachher folgte die Besetzung der Bahnhöfe und Eisenbahnstrecken und damit sah sich die Industrie außerstande gesetzt, Rohstoffe heran- und Fertigfabrikate fortzuschaffen. Auch die bald darauf folgende Einrichtung der „Regie“ und eines, wenn auch nur sehr spärlichen, Eisenbahnverkehrs durch die Franzosen änderte an diesem Zustande nichts, denn es wäre unanständig in höchstem Maße gewesen, die Maßnahmen unserer Regierung und vor allem den mit so vielen Opfern durchgeführten Streikbeschluß der deutschen Eisenbahner zu sabotieren. [...] Die meisten Firmen zogen es daher vor, ihre Waren durch Lastautos nach Köln zu schaffen und sie hier den Händen

Größerer Landwirt im englisch besetzten Gebiet übernimmt

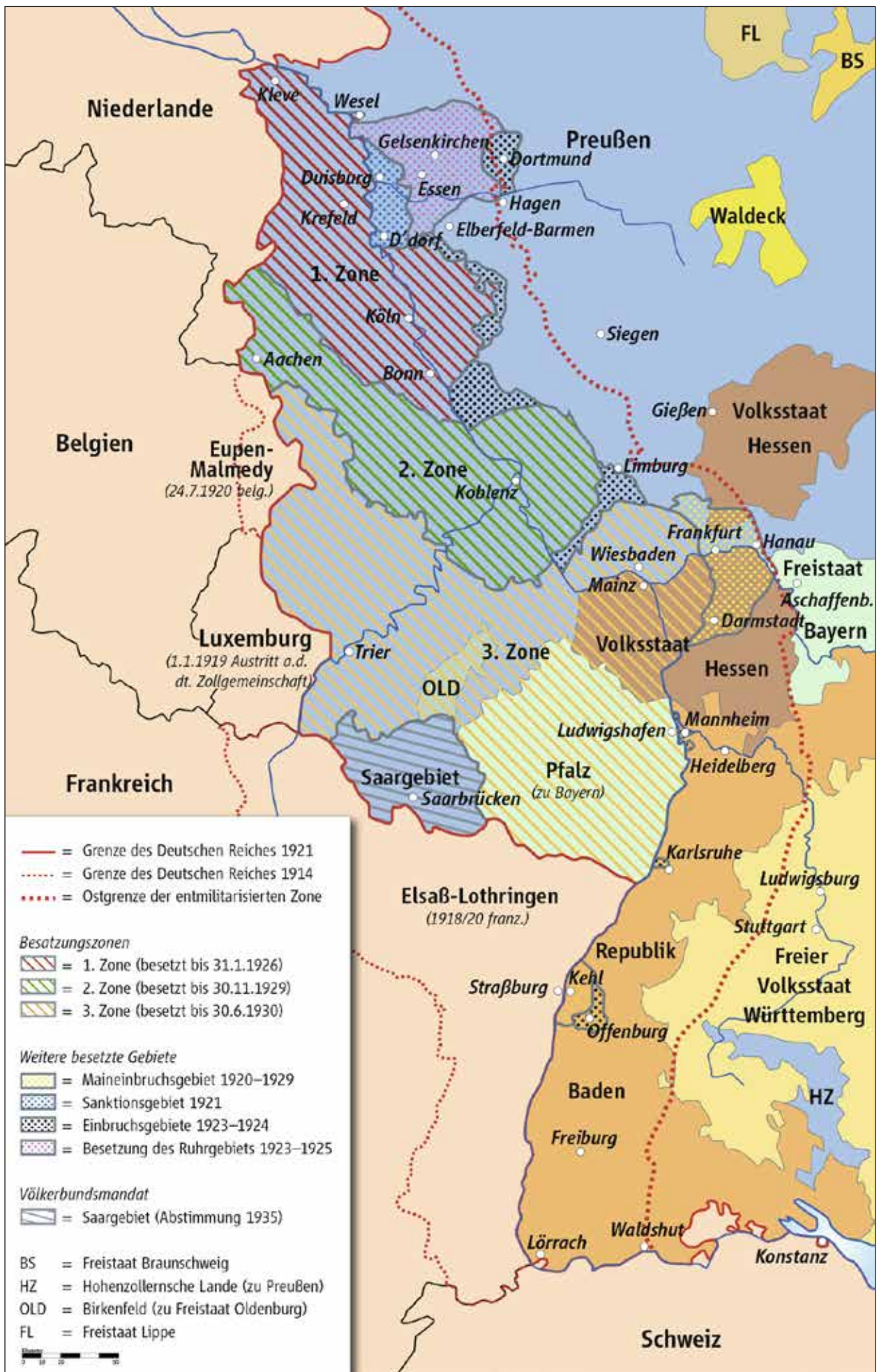


An- und Abfuhr von Gütern

jedlicher Art von den Stationen **Blatzheim** und **Buir**. — Ebenso Speditionen aller Art von **Düren nach Köln**.

der Reichspost oder Reichsbahn anzuvertrauen. Auf der Landstraße Aachen-Düren-Köln entwickelte sich bald ein phantastischer Verkehr, der manchmal an die Zeiten des Rückzugs im Jahre 1918 erinnerte.

Fuhrwerke und Autos in ununterbroche-



ner Folge belebten sie Tag und Nacht. Ihr Zug war bei trockenem Wetter durch eine weithin sichtbare Staubsäule gekennzeichnet. Bei Regenwetter dagegen glich der Fahrdamm einem Sumpf, an dessen Rand Rotten von Straßenarbeitern bemüht waren, wenigstens die ärgsten Löcher mit Kies und Kleinschlag auszufüllen.

So gelang es, wenn auch mit mancherlei Schwierigkeiten, den Betrieb während der ersten Monate des Jahres 1923 notdürftig aufrecht zu erhalten. Mittlerweile war die Besetzung des Ruhrgebietes durch die französisch-belgischen Truppen beendet, und nun kam der schlimmste Schlag, der je gegen die Wirtschaft der Westmark geführt worden ist: die Errichtung einer Zollgrenze nach Osten hin und damit zusammenhängend die Öffnung des vielgenannten „Loches im Westen“.

Alle Zufahrtswege, sowohl Straßen als Eisenbahnen, vom besetzten zum unbesetzten Gebiet standen unter belgischer oder französischer Kontrolle, die Ausfuhrzölle für alle ins unbesetzte Deutschland gehende Waren und Einfuhrabgaben für die umgekehrt die Grenze passierenden Güter erhob. [...] Die Folgen für die meisten Industrien waren verheerend und zeigten sich sofort darin, daß fast sämtliche Werke zu starken Arbeitseinschränkungen, viele sogar zur völligen Einstellung ihrer Erzeugung schreiten mußten. [...] Obwohl die Erzeugung in den Monaten April bis Juni auf ein Viertel der vor der Ruhrbesetzung erzielten Umsätze zusammensank, war es uns doch trotz der Zollgrenze möglich, wenn auch nur in ganz bescheidenem Umfange, weiterzuarbeiten. Zunächst brauchte das alt- und neubesetzte Gebiet unsere Papiere, die regelmäßig durch Lastautos nach Köln, Düsseldorf, Essen usw. geschafft wurden. Daneben wurde fleißig geschmuggelt. Es gab einsame Wege, nicht besonders stark durch Zollposten der Alliierten bewacht, über die man zu günstiger Tages- oder Nachtzeit Waren nach Elberfeld und damit ins unbesetzte Gebiet bringen konnte. Nicht selten haben unsere wackeren Autoführer bei solchen „Patrouillenfahrten“ Feuer bekommen. Einmal gerieten sie auch in die Hände der französischen Zöllner,

glücklicherweise aber erst, nachdem die Ladung bereits in Sicherheit war, und mehrere Tage dauerte es, bis der leere Wagen schließlich wieder freigegeben wurde.

Die für das Ausland bestimmten Waren wurden auf ähnliche Weise über die holländische Grenze geschmuggelt. Das ging viele Male gut, bis eines Tages doch trotz aller Vorsicht ein 4-Tonnenwagen von französischen Zollwächtern, die Wind bekommen und sich in einem verlassenen Zollhause auf die Lauer gelegt hatten, erwischt wurde. Eine Flucht war nicht mehr möglich, der Wagen wurde samt Inhalt beschlagnahmt und unter Begleitung von Gendarmen nach Aachen gebracht. Schwere Zollstrafen, unter Umständen die Schließung des gesamten Betriebes, waren uns sicher. Glücklicherweise gelang es durch persönliche Unterhandlungen und Beeinflussung der in Frage kommenden Beamten das Schlimmste abzuwenden. Nach tagelang dauernden, höchst unangenehmen Verhandlungen wurde der Wagen nebst Inhalt schließlich gegen sofortige Hinterlegung einer Geldstrafe von 6500,- holländischen Gulden freigegeben. Leider stellte sich heraus, daß die Ware, größtenteils aus Lichtpauspapieren bestehend, die schlecht geschützt mehrere Tage lang in der heißen Augustsonne gelegen hatte, inzwischen verdorben war und weggeworfen werden mußte. Die Zollstrafe ist uns trotz aller schönen Redensarten und Erlasse der Regierung über die „Vergütung von Ruhrbesetzungsschäden“ niemals ersetzt worden.

Die geschilderten Produktionsrückgänge hatten naturgemäß drastische Auswirkungen auf die Beschäftigten. War es den Betrieben anfangs noch möglich, ihre Mitarbeiter zu halten, wenn auch teils mit „unproduktiven“ Arbeiten – Otto Merckens von der Fa. Heimbach erinnert sich, dass ein Arbeiter auf die Fenster spuckte und ein anderer sie dann wieder sauber wischte –, zu beschäftigen, so ließ sich das doch nicht lange durchhalten. Demzufolge stiegen die Erwerbslosenzahlen im Laufe des Jahres 1923 drastisch an. Waren im Januar 1923 gerade einmal 67 Personen erwerbslos gemeldet, so waren es Ende März bereits 821, Ende Juni sogar 1.758. Ende Oktober war diese Zahl auf 8.000 Unter-

stützungsempfänger angewachsen; zusätzlich bezogen 3.500 Menschen Kurzarbeiterunterstützung. Mit Familienangehörigen lebten zu diesem Zeitpunkt also rd. 24.000 Dürener und Dürenenrinnen, das sind zwei Drittel der Einwohnerschaft, von öffentlicher Unterstützung.³⁷

Wenn man dann noch in Betracht zieht, dass die Auszahlung der staatlichen Erwerbslosengelder – aus den oben geschilderten Gründen – nur unter teils abenteuerlichen Umständen vor sich ging, ja dass das Deutsche Reich während der Separatistenzeit vom 22. Oktober bis etwa Mitte Dezember die Gelder sogar ganz sperrte, dann kann man sich in etwa die Not der Bevölkerung vorstellen.

■ Die Not der Bevölkerung

Deutschland war schon vor dem Ersten Weltkrieg in großem Umfang auf den Import von Lebensmitteln angewiesen. Diese fielen mit der englischen Seeblockade weitgehend fort, Ersatz war nur schwer aus den neutralen, verbündeten oder besetzten Gebieten zu beschaffen.³⁸

*Ein Blick auf die Menschen in den Straßen genügte, um zu zeigen, wie grausam die Lebensmittel-Blockade der Alliierten die deutsche Bevölkerung ausgehungert hatte. Hagere Gesichter überall, verdrossenes und armseliges Aussehen. Wir sahen keine der wohlgenährten, behaglichen Figuren des Vorkriegs-Deutschlands. Die Leute trugen schlechte fadenscheinige Kleidung und zerrissene und geflickte Schuhe. Die Auslagen in den Schaufenstern waren kümmerlich und lückenhaft ...*³⁹

So beschreibt ein amerikanischer Journalist seine Begegnung mit Deutschen unmittelbar nach dem Krieg. Aber viel anders dürfte das Erscheinungsbild auch Anfang 1923 nicht gewesen sein, denn der Mangel setzte sich auch nach Kriegsende weiter fort. Nicht nur wurde die Blockade noch monatelang aufrechterhalten, jetzt kam das Problem der mangelnden Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches dazu. Denn zum Kauf von Lebensmitteln oder deren Grundstoffen im Ausland waren Devisen nötig, und die waren so knapp wie nur irgendetwas.

Die ohnehin knappen Lebensmittel wurden zudem noch durch die erheblich gewachsene Menge an Besatzungsangehörigen in Anspruch genommen, die ja von der schwachen deutschen Währung profitierten und außerdem von der Zahlung direkter Steuern bei ihren Einkäufen befreit waren.⁴⁰

Am 20. Februar schilderte der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Bumm, in einer Rede im Reichstag die eingetre-

38 Vgl. zu diesem Komplex: Trägerverein Stadtmuseum Düren e.V. (Hg.): In Großer Zeit. Heimatfront Düren 1914-1918, Düren 2021, S. 566ff.

39 Miller, Webb: Ich fand keinen Frieden. Tagebuch eines Auslandskorrespondenten, Berlin o.J., S. 111f.

40 Was für die Kaufleute und die Kommunen neben einer finanziellen Belastung auch einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeutete, vgl. Steegmans, S. 35.

tenen Zustände und ihre Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung:⁴¹

In den Städten [...] und in den Bezirken mit industrieller Massenbevölkerung ist eine entschiedene Verschlimmerung eingetreten. Besonders hart getroffen werden der Mittelstand, die Kleinrentner, die Witwen und die Pensionäre, die mit ihren bescheidenen Einkommen die heutigen Preise der notwendigsten Gegenstände nicht mehr zahlen können. [...] Es ist die Teuernis selbst der unentbehrlichsten Nahrungsmittel – ich brauche nur auf Fett, Fleisch und Brot hinzuweisen –, es ist weiter die Kohlen-, Wäsche-, Bekleidungs- und Seifennot, die jegliche Besserung in der Lebenshaltung verhindern. Welche Höhe die Preise erklimmen haben, beweist die Tatsache, daß am 15. Februar dieses Jahres die Großhandelspreise auf das durchschnittlich 5967fache des Friedensstandes, jene für Lebensmittel auf das 4902fache und jene für die Industrieprodukte auf das 7958fache gestiegen sind. Der Fleischverbrauch ist von 52 Kilogramm im Jahre 1912 auf 26 Kilogramm im Jahre 1922 pro Kopf gefallen.

Für ihn war ein unmittelbarer Zusammenhang gegeben mit dem Anstieg der Sterblichkeitsziffer, dem Auftreten lange verschwundener Krankheiten wie Ödemkrankheit oder Skorbut, dem Anwachsen der Tuberkulose,⁴² aber auch der Zunahme von Selbstmorden. Die Angabe von Todesursachen wie „Altersschwäche“ oder „Entkräftung“ sei nichts anderes als „Tod durch Hunger“.

In einem Lagebericht des Reichsernährungsministers heißt es im August:⁴³

[...] ausländische Kartoffeln seien nicht zu beschaffen, während die inländische Zufuhr wegen der späten Ernte noch nicht eingesetzt habe. Da die Fettversorgung mit Devisen zu bezahlen sei, sei sie ins Stocken geraten. Die Fleischzufuhr sei knapp und die hohen Preise würden sich ungünstig auswirken. Während die Versorgung mit Milch quantitativ und qualitativ schlecht sei, er-

41 Ursachen und Folgen, Bd. V, Dok. 1217, S. 524.

42 Ein Resultat war u. a. das „Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose“, das der Preußische Landtag am 4. August 1923 verabschiedete und das u. a. eine Meldepflicht für Offen-Tuberkulose einführte. Vgl. dazu VB 1921-1925, S. 178ff.

43 BA, Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Stresemann I/II, Dok. 2. Ernährungslage, Anm. 9.

scheine die mit Mehl durch Rationierung des Brots einigermaßen gesichert. Gemüse sei knapp und teuer geworden. **Infolge der schlechten Situation auf dem Lebensmittelsektor sei die Trunkenheit an Lohntagen besorgniserregend geworden.**

Am 10. August wies der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung darauf hin, dass sich nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern ganz allgemein bei der auf Arbeitseinkommen, Gehalt oder Renten angewiesenen städtischen Bevölkerung eine tiefgehende Unzufriedenheit bemerkbar [macht], die mancherorts bis zu einer Verzweiflungsstimmung angewachsen ist.⁴⁴ Am 15. August telegrafierte der Aachener Oberbürgermeister Farwick an den Reichskanzler:⁴⁵

Ernährung Aachener Bevölkerung bei den augenblicklichen Verkehrsverhältnissen unmöglich. Fortgesetzte blutige Zusammenstöße. Bereits über hundert Tote und Verwundete. Plünderung aller Läden und Läger unterschiedslos innerhalb und außerhalb der Stadt. Lebensmitteltransporte werden auf Zuführstraßen ausgeraubt.

Auch in Düren waren solche Zustände, wenn auch nicht so blutig, zu beobachten. Verschärft wurde die Situation noch dadurch, dass die Reichsregierung, wie bereits erwähnt, vom 22. Oktober an die Auszahlung der Reichsmittel verweigerte, so dass die Stadt mit ihrem Notgeld einspringen musste. Am 16. Oktober fühlte sich Oberbürgermeister Overhues gezwungen, mit einem öffentlichen Plakat vor weiteren Plünderungen und Gewaltmaßnahmen zu warnen.

Ihrerseits versuchte die Stadt, mit einer Reihe von Maßnahmen die Not zu lindern. So wurden mit Lastkraftwagen von der Gewerkschaft Lucherberg und aus dem Horremer Braunkohlengebiet Briketts herangeschafft und an Klein- und Sozialrentner, kinderreiche Familien, Armenunterstützungsempfänger, Altrentner, Erwerbslose und Kriegsoffer zu einem Drittel des jeweiligen Händlerpreises abgegeben. Die Speisung der bedürftigen Be-

⁴⁴ Ebd., Anm. 10.

⁴⁵ Ebd.

Warnung.

Infolge der gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftslage ist es in letzter Zeit wiederholt zu Unruhen, Plünderungen von Geschäften und Warentransporten auf offener Straße gekommen. Ferner sind Verbraucher in Geschäfte eingedrungen und haben die Herabsetzung der Preise nach ihrer Willkür gefordert. Das sind unhaltbare Zustände, die unmöglich länger andauern dürfen, wenn nicht die Versorgung der gesamten Bürgerschaft mit Lebensmitteln und Brennstoffen in Frage gestellt werden soll. Durch gewaltsames Eingreifen unverantwortlicher Elemente wird nicht etwa die Sicherheit der Versorgung erhöht, sondern vollständig vernichtet. Zwar mag der Einzelne vorübergehend sich Waren zu einem herabgesetzten Preise verschaffen. Auf die Dauer wird mit den gewaltsamen Eingriffen aber nur der Mangel an allen Lebensmitteln etc. heraufbeschworen. Die Händler wie die Landwirte scheuen sich, weitere Waren heranzubringen, da sie in der ständigen Furcht der Plünderung oder der erzwungenen Herabsetzung der Preise leben.

Die gesamte Verbraucherschaft muß die unsinnige Anwendung von Gewalt als den größten Schaden für eine regel- und ordnungsmäßige Versorgung einsehen.

Daher warne ich eindringlichst vor weiterer Gewaltanwendung und setze in die Einsicht und Vernunft der gesamten Bürgerschaft das Vertrauen, daß sie auf alle diejenigen, welche in die Versorgung der Stadt unzulässiger Weise eingreifen, in gehöriger Weise einwirkt und allen denjenigen, welche das Wirtschaftsleben gewaltsam stören wollen, entgegentritt.

D ü r e n , den 16. Oktober 1923.

Der Oberbürgermeister.

völkerung im Freiwilligen Armenverein zum Preis von 5 Pfennig wurde ausgeweitet. Schwarz- und Weißbrot wurde zu 10 Pfennig abgegeben. Sachlieferungen zu diesen Zwecken erhielt die Stadt von der Gewerkschaft Lucherberg, den landwirtschaftlichen Orga-

nisationen und dem Dürener Mittelstand. Die Geschäftsleute verteilten im Oktober über den Caritasverband, den evangelischen und den jüdischen Frauenverein Gutscheine an die Bedürftigen. Nach der Stabilisierung der Mark im November wurde eine weitere große Sammlung in der Stadt veranstaltet. *Dieser Sammlung, so der städtische Verwaltungsbericht, die vom Wohlfahrtsamt verteilt wurde, ist es im wesentlichen zu verdanken, daß die damals sehr beunruhigten Unterstützungsbedürftigen einigermaßen befriedigt werden konnten.*⁴⁶

Und als hätte man es nicht geahnt: Am 25. Dezember 1923 notierte der britische Botschafter in Berlin in seinem Tagebuch:⁴⁷

Die Lebensmittel in den großen Städten sind plötzlich in Hülle und Fülle vorhanden – Kartoffeln und Getreide werden in großen Mengen auf den Markt gebracht, während die Butter, die man bis jetzt nur in besseren Stadtvierteln bekam, jetzt zu einem bestimmten, wenn auch hohen Preise überall erhältlich ist. Die Schlachthäuser haben jetzt reichlich zu tun – Viehladungen treffen von überall ein – und die Polonäsen vor den Schlächterläden und Lebensmittelgeschäften sind verschwunden.

46 VB 1921-1925, S. 157.

47 Zit nach: Ursachen und Folgen, Bd. V, Dok. 1231b, S. 567.